

Unverkäufliche Leseprobe



Ahmed Rashid
Taliban

Afghanistans Gotteskämpfer und der
neue Krieg am Hindukusch

Aus dem Englischen von Harald Riemann
und Rita Seuß
480 Seiten, Paperback
ISBN: 978-3-406-60628-1

Kapitel 13

Im Flirt mit den Taliban II: Der Kampf um die Pipelines 1997–99 – die USA und die Taliban

Die hübschen argentinischen Sekretärinnen in ihren Miniröcken im Bidas-Hauptquartier in Buenos Aires waren angewiesen worden, ihre Reize zu bedecken, lange Kleider und langärmelige Blusen anzuziehen, damit so wenig wie möglich von ihrem Körper zu sehen war. Man erwartete eine Taliban-Delegation. Als diese dann im Februar 1997 kam, wurde sie von Bidas fürstlich umsorgt, umhergeführt, quer durchs Land geflogen, um die Gas- und Öl-Pipelines von Bidas, die Bohrungen und den schneebedeckten Südzipfel des Landes zu besichtigen.

Zur selben Zeit erfuhr eine andere Delegation auf andere Art einen Kulturschock. Sie hielt sich in Washington auf, um mit Beamten des Außenministeriums und Unocal-Managern zusammenzutreffen und für die Anerkennung ihrer Regierung einzutreten. Auf dem Rückweg legten beide Delegationen einen Zwischenstopp in Saudi-Arabien ein, besuchten Mekka und trafen sich mit Prinz Turki. Die Taliban erklärten, sie hätten noch nicht entschieden, welches Angebot sie annehmen würden. Ziemlich rasch hatten sie gelernt, das große Spiel unter allen Aspekten zu betrachten.¹

Beide Firmen verstärkten ihre Bemühungen um die Taliban. Bidas bekam im Januar 1997 Auftrieb, als die Internationale Handelskammer eine Übergangsverfügung erließ, in der Turkmenistan aufgefordert wurde, Bidas zu gestatten, den Ölexport vom Keimir-Feld aus weiterzuführen. Aber Präsident Niyazov ignorierte den Entscheid und weigerte sich, einen Kompromiss zu finden. Im März 1997 eröffnete Bidas in Kabul ein Büro, und Bulgheroni kam, um den Führern der Taliban einen Besuch abzustatten.

Tatsächlich kam es zu Vertragsverhandlungen. In wochenlanger

sorgfältiger Arbeit formulierten drei Manager von Bidas mit zwölf Mullahs der Taliban ein 150-Seiten-Dokument aus. Abgesehen von einem Mann mit Ingenieursdiplom ohne jede Arbeits Erfahrung, stand den Taliban kein Experte zur Seite, und nur wenige sprachen ausreichend Englisch, sodass der Vertrag in Dari übersetzt werden musste.

«Wir gingen Zeile für Zeile durch, damit uns niemand eine Übervorteilung vorwerfen konnte. Derselbe Vertrag wurde von den Oppositionsgruppen genehmigt, sodass eine grundsätzlich gesamtafghanische Übereinkunft zustande kam», erzählte mir ein ranghoher Manager von Bidas.² Unocal hatte jede Vertragsverhandlung abgelehnt, solange in Kabul keine anerkannte Regierung saß.

Inzwischen hatte das Unternehmen dem Centre of Afghanistan Studies an der Universität Omaha in Nebraska 900 000 US-Dollar gestiftet, dem Thomas Gouttiere, ein akademischer Afghanistan-Veteran vorstand. Das Centre gründete ein Ausbildungs- und humanitäres Hilfsprogramm für die Afghanen, eröffnete eine Schule in Kandahar, die von Gerald Boardman geleitet wurde, der in den 1980ern das Büro der US Agency of International Development in Peshawar geführt hatte, die den Mudschaheddin über die Grenzen hinweg beistand. Die Schule begann, 400 afghanische Lehrer, Elektriker, Schreiner und Rohr-Monteur auszubilden, die Unocal helfen sollten, die Pipeline zu verlegen. Unocal lieferte den Taliban auch Faxgeräte und einen Generator, der ziemlichen Aufruhr verursachte, als er den Stockwerksboden, wo er aufgestellt worden war, noch im selben Jahr durchbrach.

Die Geschenke Unocals an die Taliban bestärkten den Verdacht der Anti-Taliban-Allianz, des Iran und Russlands noch darin, dass die Firma die Taliban finanziell unterstützte, was Unocal vehement bestritt. Später sollte ich von der Firma erfahren, wie viel tatsächlich in das Projekt investiert worden war.

«Wir haben schätzungsweise 15 bis 20 Millionen US-Dollar auf das CentGas-Projekt verwandt. Darin enthalten sind die humanitäre Hilfe für Erdbebenopfer, Berufsausbildungen, ein Faxgerät

und ein Generator», klärte mich Unocals Präsident John Imle 1999 auf.³

Die Rolle von Delta Oil sorgte zunehmend für Verdächtigungen. Anfangs hatte Unocal die Firma saudischen Ursprungs und mit guten Kontakten zu den Taliban ermuntert, die Gruppierungen Afghanistans zu umwerben. An Stelle eines namhaften Saudi stellte Delta den Amerikaner Charles Santos ein. Santos hatte seit 1988 hin und wieder bei den Vermittlungsbemühungen der UNO für Afghanistan mitgearbeitet, trotz aller Kritik von zwei UN-Vermittlern, er stünde der US-Regierung zu nahe und habe ein persönliches Anliegen. Santos wurde politischer Berater für den UN-Mittelsmann Mahmoud Mestiri, der den katastrophalen UN-Vermittlungsversuch 1995, als die Taliban vor den Toren Kabuls standen, führte. Santos war bereits unbeliebt bei allen Führern Afghanistans, insbesondere bei den Taliban. Die Entscheidung, ihn einzustellen, war ein Fehler, den Unocal später sehr bedauerte, als Santos bei den Afghanen keinen Schritt weiterkam.

Als das Verhältnis zwischen Unocal und Delta angespannter wurde, weil Delta mit den Afghanen einfach nicht zurechtkam, bildete Unocal ein eigenes Expertenteam. Die Firma holte sich Robert Oakley, den früheren US-Botschafter in Pakistan und späteren US-Sonderbeauftragten in Somalia. Oakley hatte in den 1980ern eine zwielfichtige Rolle gespielt, als die US-Regierung die Mudschaheddin unterstützte. Viele Afghanen und Pakistanis fanden ihn arrogant – sein Spitzname während seiner Amtszeit als Botschafter in Islamabad war «der Vizekönig». Oakland reiste nach Moskau und Islamabad, um Unterstützung für sein Projekt zu gewinnen, und stellte andere Experten für Unocal ein. Darunter waren Gouttierre, Boardman, Zalmay Khalizad, ein afghanischstämmiger Amerikaner, der für die Rand Corporation arbeitete, und die Zentralasienspezialistin Brill Olcott.

Es ist für US-amerikanische Unternehmen nichts Ungewöhnliches, ehemalige Regierungsbeamte einzustellen. Alle US-Ölfirmen, die beim großen Spiel dabei waren, taten dies, um in Washington eine Lobby zu haben, und holten sich sogar noch gewichtigere Leute

aus den ehemaligen Regierungen von Reagan und Bush. Doch das fand in der Region überhaupt kein Verständnis und bestärkte erneut den Verdacht, Unocal sei ein politischer Arm der US-Regierung.

Jetzt stand Unocal ebenfalls vor Problemen mit Präsident Niyazov, der nie zuvor so wirklichkeitsfremd gewesen war. Er weigerte sich, die Probleme, die durch die konstanten Kämpfe in Afghanistan entstanden, zu akzeptieren, und drängte Unocal, endlich mit dem Bau zu beginnen. Wenn die entsetzten Beamten im Außenministerium ihm zu erklären versuchten, dass man nicht mitten in einem Bürgerkrieg mit Bauarbeiten beginnen könne, schnauzte er sie an. «Wir wollen diese Pipeline. Alle unsere größten Projekte hängen von Frieden und Stabilität in Afghanistan ab», teilte mir Niyazov verärgert mit.⁴ Die turkmenischen Beamten waren zu eingeschüchtert, um ihrem Boss die schlechten Nachrichten von der afghanischen Front mitzuteilen.

Trotz aller Probleme drängte Unocal voran. Beim jährlichen regionalen Gipfeltreffen in Aschchabad im Mai 1997 unterzeichneten Pakistan, Turkmenistan und Unocal ein Abkommen, das Unocal verpflichtete, die Finanzen aufzutreiben, die Finanzierungsgrundlage für das Projekt bis Dezember 1997 vorzulegen und mit dem Bau Anfang 1998 zu beginnen. Die USA und Turkmenistan waren vom ISI informiert worden, dass die Taliban kurz davor standen, Mazar-i-Sharif, die Oppositions-Hochburg im Norden, einzunehmen. Doch zwei Wochen später wurden die Taliban aus Mazar wieder hinausgedrängt, und die Kämpfe im ganzen Land flammten erneut auf. Wieder einmal hatten ISI-Analysen die USA in die Bredouille gebracht.

Beim ersten Treffen der CentGas-Arbeitsgruppe nach dem Debakel in Islamabad äußerte Unocals Vizepräsident Marty Miller schwere Zweifel, ob man die für Dezember 1997 gesetzte Frist eines Finanzierungsplans einhalten könne.

«Es ist höchst ungewiss, wann das Projekt begonnen werden kann. Es hängt vom Frieden in Afghanistan und von einer Regierung, mit der wir zusammenarbeiten können, ab. Das kann Ende dieses

Jahres, im nächsten Jahr oder erst in drei Jahren der Fall sein», teilte Miller auf einer Pressekonferenz am 5. Juni 1997 mit. Pakistan und Turkmenistan waren gezwungen, einen neuen Vertrag mit Unocal abzuschließen, in dem die Frist um ein Jahr auf Dezember 1998 verschoben wurde. Auch dieses Datum schien den meisten Beobachtern überaus optimistisch.

Zwischenzeitlich wuchs in Washington die Skepsis, Pakistan und die Taliban könnten ein geeintes Afghanistan zustande bringen. Infolgedessen sannen die USA auf andere Möglichkeiten, Turkmenistan bei seinem Gastransport zu helfen. In einer dramatischen Umkehrung ihrer bisherigen Politik ließen die USA im Juli 1997 verlauten, sie stellten sich nicht mehr prinzipiell gegen eine Turkmenistan-Türkei-Pipeline durch den Iran. Dabei wurde in Washington betont, dies bedeute keine Abkehr von den Sanktionen gegen das iranische Regime. Als sich daraufhin europäische und asiatische Ölfirmen darum bemühten, auf den iranischen Markt zu gelangen, sahen US-Firmen auch für sich eine Gelegenheit und verstärkten ihren Druck auf die Clinton-Regierung, die Sanktionen gegen Teheran zu lockern.⁵

Die Gelegenheit, kaspisches Öl und Gas durch den Iran zu transportieren, machte eine unberechenbare afghanische Pipeline wenig erstrebenswert. Washingtons Entscheidung kam für Unocal wie ein Schlag und erinnerte Islamabad mit allem Nachdruck daran, wie wankelmütig die US-Regierung war und dass die Zeit abließ, das Land durch die Taliban zu vereinen. Dann verkündeten der Iran und Australiens BHP Petroleum auch noch, man würde eine 2,7 Milliarden US-Dollar teure, 1600 Meilen lange Gas-Pipeline Iran-Pakistan in Erwägung ziehen, die sechs Milliarden Kubikmeter Gas pro Tag vom südlichen Iran nach Karatschi und später weiter nach Indien liefern solle. Der große Vorteil einer solchen Pipeline – in direkter Konkurrenz zu den Plänen von Unocal – bestand darin, dass sie durch kein von Bürgerkrieg verheertes Territorium verlief.

[...]

[...]

Die praktischen Folgen der Taliban-Ideologie bekam besonders Pakistan zu spüren. Verglichen mit den afghanischen Taliban waren die pakistanischen Taliban, die sich jenseits der Grenze formierten, viel stärker ideologisch geprägt, viel skrupelloser und weitaus stärker Al-Qaida verpflichtet. Pakistan ist schon lange ein leichtes Ziel radikaler Islamisten, da es immer wieder am Rand des politischen und sozialen Chaos gestanden hat. Seit fast fünfzig Jahren kämpfen militärische und zivile Kräfte um die Macht, aber eine adäquate politische Lösung ist immer noch nicht in Sicht. In Pakistan wird es vielleicht nie eine revolutionäre Erhebung der Massen geben wie im Iran 1979. Aber das von den Taliban und anderen Extremisten geschürte schleichende Klima der Angst, des Terrors und der Lähmung breitet sich immer weiter aus, da der Staat nicht bereit oder in der Lage ist, den Extremismus entschieden zu bekämpfen. Mehr noch: Die Kluft zwischen dem ungeheuren Reichtum der Elite und der Armut der Bevölkerungsmehrheit lässt soziale Unruhen wachsen. Der Staat ist nicht mehr imstande, soziale Dienstleistungen wie Schulbildung, medizinische Versorgung und Wohnungen bereitzustellen. Alle diese Probleme haben es den Taliban erleichtert, in Pakistan Fuß zu fassen.

Nach dem gescheiterten Versuch der USA 2001, die Führung von Taliban und Al-Qaida zu zerschlagen, konnten zahlreiche Taliban- und Al-Qaida-Kommandeure nach Pakistan ausweichen, wo sie in Belutschistan und in den öden und unzugänglichen Stammesgebieten Unterschlupf fanden. Während die Mehrheit der ursprünglichen Taliban-Führung in die Provinz Belutschistan floh,

zog es viele Kämpfer – Araber, Zentralasiaten, russische Muslime, Tschetschenen, Afrikaner, Indonesier und Uiguren aus Westchina – in die pakistanischen Stammesgebiete. In jüngster Zeit wurden dort auch Rekruten aus Europa und den USA ausgebildet.

Die FATA (Federally Administered Tribal Areas) bestehen aus sieben Stammesgebieten – Khyber, Kurram, Orakzai, Mohmand, Bajaur und Nord- und Südwestwaziristan – mit einer Bevölkerung von rund 4,5 Millionen Paschtunen, die zu den 28 Millionen Paschtunen in der Nordwestprovinz und den 15 Millionen jenseits der Grenze in Afghanistan hinzukommen. Von hier aus wurden die Anschläge von Madrid, Bali und anderen Orten geplant. Mit seinen hohen Bergen, dem zerklüfteten, unwegsamen Gelände mit wenigen Straßen und einer kleinen, fremdenfeindlichen Bevölkerung, die vom Staat weder Schulbildung noch medizinische Versorgung erhält, sind die FATA ein idealer Nährboden für die Rekrutierung von Al-Qaida-Anhängern.

Die Stammesgebiete wurden 1901 als Niemandsland im Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Britisch-Indien geschaffen. Über den Generalgouverneur der Nordwestprovinz und sogenannte politische Agenten vor Ort übten die Briten hier indirekt die Kontrolle aus. Dieses inzwischen völlig veraltete System hat Pakistan bis heute beibehalten. Nicht einmal politische Parteien waren in den Stammesgebieten zugelassen, die Gesetze und die Verfassung Pakistans hatten hier keine Gültigkeit. Reformbemühungen wurden sowohl von den lokalen, mit Privilegien ausgestatteten Stammesoberhäuptern als auch von der Armee torpediert, die das Gebiet als Trainingsgelände nutzte. Hier wurden die Kämpfer ausgebildet, die dann nach Kaschmir und Afghanistan geschickt wurden. Die Bush-Administration stellte den Status der Stammesgebiete so lange nicht in Frage, wie die pakistanische Armee und der ISI dem Hauptziel der Amerikaner, die Al-Qaida-Führer zu fassen, nicht im Weg stand. Diese eng begrenzte Ausrichtung Washingtons kam der pakistanischen Armee entgegen, die sich die afghanischen Taliban als Streitmacht erhalten wollte, um in Zukunft Druck auf Kabul auszuüben, Indiens Einfluss in Afghanistan einzudämmen

und über die finanzielle Unterstützung, die Musharraf's Regime vom Westen erhielt, mitzuentcheiden. Gleichzeitig hatte die Armee keinen Grund, Al-Qaida zu unterstützen, arbeitete also in diesem Punkt bereitwillig mit den Amerikanern zusammen. Wie die Taliban-Führung, so glaubte auch die pakistanische Armee, dass USA und NATO schon bald aus Afghanistan abziehen und eines Tages erneut pro-pakistanische afghanische Paschtunen in Kabul die Macht übernehmen würden.

Viele Paschtunen aus den Stammesgebieten hatten im Bürgerkrieg der neunziger Jahre und später während und nach der US-Invasion in Afghanistan gekämpft. Sie waren tüchtige Fußsoldaten sowohl der Taliban als auch Al-Qaidas gewesen. Jetzt beherbergten die pakistanischen Paschtunen in den Stammesgebieten die Taliban und Al-Qaida als Gäste und stellten ihnen Unterkunft, Verpflegung, Transportmittel und andere logistische Dienste zur Verfügung, wofür sie reich entlohnt wurden. Aufgrund der jahrelangen engen Beziehungen der Paschtunen zu den ausländischen Radikalen war es nur natürlich, dass sie sich, nunmehr reich geworden, gleichfalls radikalisierten und schließlich eigene politische Ziele verfolgten.

Bald konnten sich ehemalige Kämpfer und ortskundige Führer, die einst Esel benutzt hatten, Pick-ups leisten und heuerten Hunderte von Leibwächtern an, die dann lokale Milizen bildeten. Als die Führung Al-Qaidas und der afghanischen Taliban in den Untergrund gingen, übernahmen zunehmend ihre lokalen paschtunischen Gefolgsleute die Schulung der Kämpfer, die Erschließung neuer Geldquellen und die Planung neuer Techniken des Guerilla-Kriegs, die gegen amerikanische Streitkräfte in Afghanistan zum Einsatz kamen. Die paschtunische Bevölkerung wurde als Kämpfer wie als Ausbilder für Al-Qaida und die afghanischen Taliban schon bald unverzichtbar.

Zwischen 2001 und 2004 unternahm Armee und Geheimdienst nichts gegen diese Aktivitäten, ja sie leugneten sie rundweg ab. Sie bestritten, dass sich überhaupt afghanische Taliban und Al-Qaida-Anhänger in Pakistan aufhielten, und wiesen Karzai und westliche

Diplomaten zurecht, die dies zu behaupten wagten. Aber nach den beiden Attentatsversuchen gegen Präsident Musharraf im Dezember 2003, die in Südwestpakistan geplant worden waren, wachte die Armee langsam auf. Halbherzig entsandte sie im März 2004 das Frontier Corps nach Südwestpakistan – paramilitärische Einheiten schlecht bewaffneter und ausgebildeter Paschtunen unter Führung von Armeeeoffizieren. Der kleinen Truppe, der es an Deckung aus der Luft, Artillerie und militärischer Aufklärung fehlte, standen 2000 Militante gegenüber, die Hinterhalte legten und ihnen schwer zusetzten. 200 Soldaten wurden getötet, viele weitere gefangen genommen und später hingerichtet. Andere desertierten. Die westpakistanischen Militanten und ihr Anführer, der siebenundzwanzigjährige Nek Mohammed, gingen als Helden aus dem Konflikt hervor. Am 24. April 2004 unterzeichnete die Armee das erste von mehreren schmachvollen Friedensabkommen mit den Militanten. Das Militärregime entschuldigte sich bei Nek Mohammed und den pakistanischen Taliban-Führern, bot ihnen Entschädigungszahlungen für die erlittenen Verluste an, ließ ihre Gefangenen frei und forderte die ausländischen Kämpfer auf, sich bei den Behörden registrieren zu lassen (was niemand tat). Ein Teufelskreis begann: Die Armee startete eine Offensive in den Stammesgebieten, erlitt schwere Verluste und unterzeichnete anschließend ein Friedensabkommen mit den Militanten, in dem ihnen das besetzte Territorium und manchmal sogar weitere Gebiete überlassen wurden.

Höchst abträglich für das Anliegen der Regierung waren die Terrorkampagnen der Militanten gegen die Bevölkerung in den Stammesgebieten. Die Extremisten richteten mehr als 300 Stammesälteste hin, die ihnen ihre Unterstützung verweigert hatten, töteten Zivilisten und vertrieben Tausende Familien, die nicht mit ihnen zusammenarbeiten wollten. Zu keinem Zeitpunkt unternahm die Armee Anstrengungen, paschtunische Zivilisten zu schützen, die versuchten, den Taliban entgegenzutreten. Nicht einmal lokale Stammesführer, die Milizen aufstellen wollten, erhielten Rückhalt. Die Taliban gründeten in den Stammesgebieten eigene Gerichte

und Verwaltungen, sie verboten Fernsehen, Musik und Internet. Sie zerstörten Mädchenschulen und bauten gleichzeitig neue *Mad-rassas*. Viele Paschtunen waren überzeugt, dass die Armee ein doppeltes Spiel spielte: Sie bekämpfte ausländische Militante, wenn der Druck der Amerikaner zu groß wurde, verfolgte aber mit Genugtuung, dass sie ihren Kampf gegen US-Truppen in Afghanistan fortsetzten. Es gab zu diesem Zeitpunkt keine kohärente US-Strategie gegenüber den Stammesgebieten, da Musharraf US-Präsident Bush wiederholt versicherte, Verhandlungen mit den dortigen Taliban und Friedensabkommen seien der richtige Weg. Bis 2007 kamen bei Hinterhalten und Selbstmordanschlägen in größeren Städten wie Islamabad, Lahore und Peschawar mehr als 1500 pakistanische Soldaten und Polizisten ums Leben. Im Dezember 2007 gründeten zwei Dutzend Stammesmilizen und andere Gruppen aus dem Punjab und aus Kaschmir in den Stammesgebieten eine neue Organisation, die Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP; Bewegung der pakistanischen Taliban) unter Führung des charismatischen fünfunddreißigjährigen Baitullah Mehsud aus Südwestpakistan, einem engen Verbündeten Al-Qaidas, der afghanischen Taliban und Jalaluddin Haqqanis. Mehsud hatte in den neunziger Jahren an der Seite der Taliban gekämpft und 2001 Al-Qaida-Führern bei der Flucht aus Afghanistan geholfen. Später wurde er für die Ermordung Benazir Bhuttos sowie für Dutzende von Selbstmordanschlägen in Pakistan verantwortlich gemacht. Ziel der TTP war die Herrschaft der Taliban in einem Pakistan unter der Scharia.